Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 533

Freitag, 11. November 1932

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Rabattabzug. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1088 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# Papens Einladung an die Parteiführer

## Das Kabinett wahrt strengste Vertraulichkeit

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. November. Wie an zuständiger Stelle verlautet, wird sich die Einleitung der Fühlungnahme des Reichskanzlers mit den Parteiführern nun nicht etwa so abspielen, daß offizielle schriftliche Einladungen an die verschiedenen Herren ergehen. Man will vielmehr eine unoffizielle Form wählen und erklärt darüber hinaus, daß die Reichsregierung über alle diese als form- und zwanglos gedachten Aussprachen

**strengste Vertraulichkeit**

wahren werde. Sowohl hinsichtlich der Personen, mit denen Fühlung genommen wird, als auch hinsichtlich des Inhalts der Besprechungen würde seitens der Reichsregierung der Oeffentlichkeit kein Wort mitgeteilt werden. Sollte diese Vertraulichkeit nun auch seitens der in Frage kommenden Parteien mit derselben Strenge gewahrt werden, wie sie die Reichsregierung zu beobachten beabsichtigt, dann würde die deutsche Oeffentlichkeit über diese internen Vorgänge zweifellos vor Ende nächster Woche nichts erfahren.

Die gemeldete Verschärfung des Auftrags, den der Reichspräsident dem Reichskanzler v. Papen hinsichtlich der Parteiführerbesprechungen gegeben hat, findet in den Berliner Zeitungen ein lebhaftes Echo. Die „**Germania**", das Zentralorgan der Zentrumspartei, bezeichnet das Vorgehen des Reichspräsidenten und Reichskanzlers als einen falschen Weg, zumal sich die Mission des Reichskanzlers tatsächlich auf die Feststellung beschränken solle, ob die in Frage kommenden Parteien gewillt seien, die Regierung in der Durchführung ihres Programms zu unterstützen. Das Zentrumsblatt prophezeit, daß auf diesem Wege die

**nationale Konzentration nicht gelingen**

könne. Die Frage, ob die Parteien — und in ihnen das deutsche Volk — bereit seien, die jetzige Reichsregierung zu unterstützen, habe bereits in zweimaligen Wahlen und auch in der Reichstagsabstimmung des 12. September eine überwältigende Ablehnung erfahren. Es lohne sich kaum, sie heute mit gleichem Sinn und Inhalt nochmals zu stellen. Auch die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**" äußert Bedenken gegen die Methode des Vorgehens, dessen Aussichten schon heute ziemlich genau abgeschätzt werden können.

**Es werde kaum etwas anderes dabei herauskommen, als eine Verzögerung der politischen Entscheidungen, während die politische und die wirtschaftliche Lage des Reiches auf das dringendste der Festigung und Konsolidierung bedürfe.**

Inzwischen werde die parteipolitische Hetze ungehemmt weitergehen. Inzwischen hätten sich die Ministerpräsidenten der größten deutschen Länder, mit Ausnahme Preußens, in Würzburg zu einer Geheimkonferenz gegen das Reich versammelt, die nicht Verschwörung zu nennen sehr schwer falle. Inzwischen dauere die Ungewißheit über die Zukunft an und werde auch durch große, deutlich sichtbare Erfolge der Regierungspolitik nicht gehoben werden können, weil naturgemäß solche nicht aus den Sternen zu holen seien. Das Blatt bedauert die Verzögerung der Entscheidungen und verspricht sich für die Stärkung der Regierungsfront und des autoritären Staatsgedankens von ihr nichts. Ganz besonders ablehnend ist die „**Tägliche Rundschau**", die im Kampf gegen Papen schon seit Wochen die publizistische Führung übernommen hat. Das Blatt spricht von Scheinverhandlungen mit den Parteien und von dem Versuch, die Schuld an dem Scheitern von vornherein den Parteien zuzuschieben.

Im heutigen nationalsozialistischen „**Angriff**" findet sich noch kein Hinweis,

**ob Hitler eine an ihn ergehende Einladung zu einer Besprechungen ablehnen wird oder nicht.**

Dafür ist auffallend, daß das Blatt sich mit einer bisher seit langem nicht bemerkten Schärfe gegen den Reichspräsidenten persönlich wendet, und erklärt, die Tatsache, daß der Reichspräsident den eben vom Volk verworfenen Reichskanzler weiter führe, könne die verhängnisvollsten Folgen haben und müsse in weitesten Kreisen den Eindruck erwecken, als ob der Reichspräsident nicht in der Lage wäre, selbst noch aktiv in die Politik einzugreifen. „Hoffen wir, daß sich im letzten Augenblick jemand findet, der dem Reichspräsidenten den bitteren Ernst der Lage klarmacht. Zur Führung kann immer nur der Stärkste berufen sein. Das kann nur der Nationalsozialismus, kann nur Adolf Hitler sein. Es ist notwendig, diese Dinge schon heute klar herauszustellen, um neuerlichen Versuchen vorzubeugen, uns Nationalsozialisten die Schuld am Scheitern der „nationalen Konzentration" in die Schuhe zu schieben und unter diesem Vorwand den Reichstag erneut aufzulösen."

Diese Wendungen sind um so bedeutungsvoller, wenn man sie neben den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits gefaßten Entschluß hält, durch Reichstagsantrag die Möglichkeiten des Reichspräsidenten aus dem § 48 der Reichsverfassung einzuschränken.

### Die Unterredung Papen-Braun

**Berlin**, 11. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, hat bereits heute vormittag eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler v. Papen und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun stattgefunden, in der die Versuche fortgesetzt werden, zu einer Einigung über die Auslegung des Leipziger Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Ueber den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Man hört nur, daß auf Wunsch des Reichskanzlers die Aussprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Daraus scheint hervorzugehen, daß die strittigen Fragen noch nicht bereinigt werden konnten.

### Die Ministerpräsidenten beim Kanzler

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. November. Die angekündigte Aussprache des Reichskanzlers mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Schieck, der heute in Berlin eintraf, den bayrischen, württembergischen und badischen Ministerpräsidenten wird am Freitag, abends 6 Uhr, stattfinden.

Der Reichskanzler wird ferner im Laufe des Nachmittags die französischen Mitglieder des Vierten Unterausschusses des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses bei sich sehen. Die Franzosen sind heute vormittag in Berlin eingetroffen. Der Vierte Unterausschuß behandelt Fragen der industriellen Zusammenarbeit.

### Ein allgemeines Hypothekenmoratorium?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 11. Nov. Wie uns aus zuverlässiger Quelle bestätigt wird, dürfte der Reichspräsident in Kürze eine neue Notverordnung erlassen, die eine Ergänzung zu der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und der landwirtschaftlichen Zinserleichterungsverordnung vom 27. September 1932 darstellt. In der ersten dieser beiden Verordnungen war eine Kündigungssperre für Hypotheken bis zum 31. September 1931 ausgesprochen worden, ein Moratorium, das jedoch bisher nicht für diejenigen Hypotheken galt, die ohne besondere Kündigung zu einem bestimmten Zeitpunkt fällig wurden. Die Zinserleichterungsverordnung vom 20. September 1932 war schon einen Schritt weitergegangen, indem sie für alle land-, wirtschaftlichen Hypotheken, die von der Zinsstundung betroffen werden, eine generelle Kapitalsstundung bis zum 1. April 1935 vorsieht.

**Gewisse außerordentliche Härten, die die Regelung beider Verordnungen in sich bergen, sollen jetzt durch die neue Notverordnung ausgeräumt werden, indem ein generelles Moratorium für alle Hypotheken außer den Aufwertungshypotheken bis zum 1. April 1934 ausgesprochen wird.**

Das Moratorium wird auch für Hypotheken, die aus dem Erlös von Auslandsanleihen gewährt worden sind, gelten, und so der Bevorzugung des Auslandskapitals gegenüber dem inländischen Kapital an dieser Stelle ein Ende machen. Die Vergünstigung soll aber nur denjenigen Hypothekengläubigern zugute kommen, die bisher ihren Verpflichtungen pünktlich nachgekommen sind und auch weiterhin nachkommen werden.

## Die Wilhelmstraße zur Simon-Rede

### Kein Nachgeben - „Erst Gleichberechtigung, dann Rückkehr nach Genf"

**Berlin**, 11. Nov. Die gestrige Rede des englischen Außenministers Sir John Simon wird in der Wilhelmstraße als ein Beweis dafür gewertet, daß seit den Tagen der deutschen Denkschrift über die Gleichberechtigung und der englischen und französischen Antwortnoten ein ganz

**erheblicher Wandel in der Beurteilung dieser Frage**

in der Welt eingetreten ist. Wenn Sir John Simon allerdings erklärt, er verfolge die gleiche Taktik wie Herriot und werde, ebenso wie dieser den französischen Abrüstungsplan, den englischen Standpunkt nicht vorher bekanntgeben, so sieht man in Deutschland in politischen Kreisen darin doch eine unnötige Belastung für eine öffentliche Diskussion dieser Frage.

**Simon, dessen Rede in Ton und Inhalt sich äußerlich von seiner Note vom August unterscheidet, hat sich gestern im großen und ganzen die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung zu eigen gemacht.**

Die Hauptfrage für Deutschland bleibt aber nach wie vor, ob die in Genf abzuschließende Abrüstungskonvention in vollem Umfange auch für Deutschland Geltung haben wird. Aus der Erklärung Simons scheint hervorzugehen, daß er lediglich das Mittel der Gewalt ausschalten will. Deutschland kann auch darüber hinaus in keiner Weise die Verpflichtung eingehen, auf eine Revision zu verzichten und den status quo oder gar ein Ostlocarno anzuerkennen. Es werde keine Bindungen eingehen, die nicht in gleicher Weise für die anderen Staaten Geltung haben. Die englische Presse versucht, die Rede Simons so auszulegen, als ob England jetzt die deutsche Gleichberechtigung anerkannt habe und weist dann darauf hin, Herriot habe dies in seiner Rede auch getan. Also bestehe kein Hindernis mehr für Deutschland, nach Genf zu gehen.

**Demgegenüber muß zunächst einmal festgestellt werden, daß die Rede Herriots noch keineswegs eindeutig die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung bedeutet. Der Herriotplan enthält kein Zugeständnis dieser Art. Deutschland will ganz klar wissen, ob die Genfer Abrüstungsabmachungen auch für Deutschland Geltung haben werden. Von der eindeutigen Beantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob Deutschland wieder nach Genf geht. England allein kann uns die Gleichberechtigung gar nicht bringen. Dazu gehört die Einheit aller beteiligten Mächte.**

### Liebeswerben um Deutschland

**London**, 11. Nov. Die englische Presse nimmt die von Außenminister Simon angekündigte Politik in der Gleichberechtigungsfrage sehr günstig auf. Die „Times" sagt unter anderem, der Vorschlag Simons werde den Beifall des ganzen Landes finden, obwohl über die Einzelheiten des Planes noch Auseinandersetzungen entstehen würden.

**Das Blatt legt Deutschland nahe, die Einladung zur Teilnahme an einem europäischen Friedensabkommen anzunehmen und läßt durchblicken, daß zwischen England, Amerika, Frankreich und Italien schon ein Einvernehmen in erheblichem Ausmaß erzielt worden sei.**

Ein solches Friedensabkommen würde eine große moralische Wirkung in der ganzen Welt haben und die Aufgaben der Abrüstungskonferenz erleichtern. Beim Locarno-Abkommen sei die Lage hinsichtlich der deutschen Ostgrenze unklar geblieben. Die englische Regierung fühle, daß ein großer Teil des Mißtrauens verschwinden würde, wenn alle Staaten Europas ein Friedensabkommen unterzeichnen würden. Sie hoffe, daß Deutschland jetzt zur Abrüstungskonferenz zurückkehren werde im Hinblick auf die Erklärung, daß dem deutschen Gleichberechtigungsanspruch voll Genüge getan werden solle, sobald eine Versicherung im Sinne des europäischen Friedensabkommens abgegeben werde.

### v. Hoesch bei Sir John Simon

**London**, 11. Nov. Außenminister Sir John Simon wird am Freitag den deutschen Botschafter in London, Herrn v. Hoesch, empfangen. Hierbei wird ein Meinungsaustausch über die Aussichten für die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz stattfinden.

### Prinz Rohan - Oesterreichs Botschafter in Paris?

**Berlin**, 11. Nov. Wie die „DAZ." aus Wien erfährt, soll die Besetzung des österreichischen Gesandtenpostens in Paris unmittelbar bevorstehen, wobei die Kandidatur v. Pflügls wieder stark in den Hintergrund getreten sei. Als aussichtsreichster Mann gelte Prinz Karl Anton Rohan, der bekannte Herausgeber der „Europäischen Revue", der sich seit Jahren um die europäische Zusammenarbeit auf nationaler Grundlage bemüht und sich politisch und publizistisch europäisches Ansehen erworben habe. Rohan ist als Vertreter Oesterreichs neben Persönlichkeiten wie Reichsbankpräsident Schacht, Professor Hellpach, Graf Apponyi usw. zur Europatagung der Academia d'Italia berufen worden.

### Wirbelsturm über Kuba - 1000 Tote

**Havanna**, 11. Nov. Die Küste Kubas wurde von einer furchtbaren Sturm- und Springflut heimgesucht. Es dürften mehr als 1000 Menschen das Leben eingebüßt haben. Besonders stark ist die Provinz Puerto Principe heimgesucht worden, wo namentlich die Städte Santa Cruz del Sud und Camaguey verwüstet wurden. Da die Santa Cruz schützenden Dämme brachen, ergossen sich die Fluten in die Stadt. Glücklicherweise gelang es den meisten Einwohnern, sich in Sicherheit zu bringen. Im Hafen sind viele Schiffe gesunken. Größer als in Santa Cruz ist die Zahl der Toten in Camaguey.

SLUB
Wir führen Wissen.